

SCHWEIZERISCHES AKTIONSKOMITEE
GEGEN DIE 6. AUSLAENDERINITIATIVE

Presseausschuss - Postfach 1161 - 3001 Bern - Tel. 031/44 58 94

An die Redaktionen der
Deutschschweizer und räto-
romanischen Medien

Bern, 1. November 1988

Sehr geehrte Damen und Herren

Diese Tatsache spricht für sich: Am vergangenen Wochenende haben 412 von 418 Delegierten der beiden Bundesratsparteien FDP und SVP die 6. Ausländerinitiative der Nationalen Aktion zur Ablehnung empfohlen.

Mit der 6. Ausgabe unseres Pressedienstes stellen wir Ihnen drei Artikel zum kostenlosen Abdruck zur Verfügung: Nationalrat Peter Aliesch (FDP/GR) macht in seinem Beitrag deutlich, dass die 6. Ausländerinitiative nicht nur gegen die Ausländer gerichtet ist. Nationalrat Ulrich Fischer (FDP/AG) bezeichnet die NA-Methode als "Rosskur" und Nationalrat Hans Werner Widrig (CVP/SG) zeigt die wirtschaftlichen Auswirkungen dieses Volksbegehrens auf. Ausserdem hält er fest, dass die "Rechenschieber-Initiative" der Nationalen Aktion nicht dazu in der Lage ist, die gegenwärtigen Probleme im Asylbereich auch nur ansatzweise zu lösen.

Neben den drei oben genannten Artikeln enthält dieser Pressedienst eine Einladung zur Pressekonferenz des "Schweizerischen Aktionskomitees gegen die 6. Ausländerinitiative" sowie eine Dokumentation über die drohenden volkswirtschaftlichen Folgen dieses Volksbegehrens.

Wir danken Ihnen für Ihre Unterstützung unserer Aufklärungsarbeit im Zusammenhang mit dieser Initiative und verbleiben

mit freundlichen Grüssen

Für den Presseausschuss



Hanspeter Merz

Beilage erwähnt

SCHWEIZERISCHES AKTIONSKOMITEE
GEGEN DIE 6. AUSLAENDERINITIATIVE

Presseausschuss - Postfach 1161 - 3001 Bern - Tel. 031/44 58 94

An die Bundeshaus-
journalisten und Redaktionen
der Deutschschweizer und
rätoromanischen Medien

Bern, 2. November 1988

E i n l a d u n g

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Nationale Aktion bemüht die Schweizer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger wieder einmal an die Urne: Am 4. Dezember geht es um die 6. Ausländerinitiative.

Diese ist so unverhältnismässig und unverantwortbar wie ihre Vorgängerinnen. Um Ihnen die Auswirkungen einer Annahme dieses Volksbegehrens anhand von konkreten Beispielen erläutern zu können, laden wir Sie zu einer Pressekonferenz ein. Diese findet statt am

Freitag, 11. November 1988, 10.30 Uhr, "Casino" (Panoramasaal), Bern

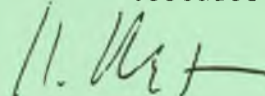
Folgende Referenten werden zur Initiative Stellung nehmen und zur Beantwortung Ihrer Fragen zur Verfügung stehen:

- Nationalrat Bernard Rohrbasser,
Präsident des "Schweizerischen Aktionskomitees gegen die 6. Ausländerinitiative"
- Ständerat Dr. Luregn Mathias Cavelty,
Präsident des Verkehrsvereins des Kantons Graubünden
- Fritz Leu,
Direktor des Berner Inselspitals

Wir freuen uns darauf, Sie an unserer Veranstaltung begrüßen zu dürfen. Für zusätzliche Informationen stehen wir Ihnen jederzeit zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüssen

Für den Presseausschuss



Hanspeter Merz

Nicht nur gegen Ausländer gerichtet

Sechste Ueberfremdungs-Initiative contra Berg- und Randgebiete

von FDP-Nationalrat Dr. Peter Aliesch, Malans (GR)

Die am 4. Dezember zur Abstimmung gelangende sechste Ueberfremdungs-Initiative "zur Begrenzung der Einwanderung" richtet sich nicht nur gegen die Ausländer, sondern in ihrer Konsequenz gegen die Schweiz, gegen die Schweizer und vor allem gegen die Rand- und Berggebiete und deren Einwohner. Mit dieser Initiative werden aus hintergründig fremdenfeindlichen Motiven - ich formuliere das vielleicht etwas hart - die Berggebiete und die Einwohner in diesen Rand- und Berggebieten geopfert.

In den Rand- und Berggebieten sind wir seit Jahrzehnten gewohnt, eng mit den Ausländern zusammenzuleben. Ich denke da vor allem an unsere Saison-Arbeitskräfte aus dem Ausland. Dieses enge Zusammenleben ergibt sich aus der speziellen Wirtschaftsstruktur. Die natürliche Umwelt, das Klima und die Topographie bieten die Voraussetzungen für die Entwicklung der Tourismuswirtschaft.

Das Beispiel Tourismus

Die Tourismuswirtschaft ist gekennzeichnet durch einen saisonal stark schwankenden Arbeitsanfall, weshalb sie auf eine genügende Anzahl Gastarbeiter angewiesen ist. Betriebe der Tourismuswirtschaft müssen die für ihre Existenz notwendigen Erträge oft in weniger als fünf Monaten erwirtschaften. Ohne genügend Saisonarbeiter ist ein Ueberleben der Hotellerie, der Bergbahnen und vieler weiterer Branchen in den Berggebieten nicht möglich.

Ueber 50 Prozent des Volkseinkommens in Graubünden hängen direkt oder indirekt mit der Tourismuswirtschaft zusammen. Ohne Fremdarbeiter wäre eine leistungsfähige Hotellerie und Tourismuswirtschaft undenkbar. Nur mit einer genügenden Anzahl Saisonarbeiter können zudem Ganzjahresstellen von Einhei-

mischen im übrigen Gewerbe, in Dienstleistungsbranchen, in den Verwaltungen, in den Schulen erhalten werden. Der Arbeitsmarkt ist heute unbestrittenerweise ausgetrocknet. Zudem wurden die Saisonierkontingente laufend reduziert. Die sechste Ueberfremdungsinitiative verlangt eine weitere Kürzung der Saisonierkontingente. Das würde die Tourismuswirtschaft in unseren Gebieten vor existentielle Probleme stellen. Wenn es jedoch der Tourismuswirtschaft schlecht geht, kann es den betreffenden Kantonen und seinen Einwohnern nicht gut gehen.

Die Hotellerie in den Tourismusregionen ist exportorientiert: Unsere Tourismuswirtschaft hat heute in einem weltweiten Konkurrenzkampf zu bestehen. Für die Hotellerie ergeben sich durch den harten Schweizerfranken die gleichen Probleme wie für die traditionelle Exportindustrie. Im Gegensatz zur Exportindustrie aber kann das Hotelgewerbe seine Betriebe nicht einfach ins Ausland mit seinen tieferen Produktionskosten verlagern.

Die sechste Ueberfremdungsinitiative wäre der Todesstoss für unzählige Hotels und touristische Betriebe in den Berg- und Randgebieten. Die Aussage ist deshalb berechtigt, dass diese Initiative gegen die Schweiz, gegen die Berggebiete und gegen die einheimischen Arbeitskräfte gerichtet ist. Aus Verantwortung gegenüber unseren Berg- und Randgebieten, gegenüber unseren einheimischen Arbeitskräften muss am 4. Dezember die sechste Ueberfremdungs-Initiative "für die Begrenzung der Einwanderung" abgelehnt werden.

KEINE ROSSKUR IN DER AUSLAENDERPOLITIK

Zur sechsten Ueberfremdungsinitiative

Von Nationalrat Ulrich Fischer, Seengen

Präsident des Aargauischen Aktionskomitees gegen die 6. Ausländerinitiative

Am 4. Dezember sind Volk und Stände aufgerufen, über die 6. Ueberfremdungsinitiative der Nationalen Aktion zu entscheiden. Diese ist - obwohl sie bei oberflächlicher Betrachtung harmlos erscheint - nicht weniger masslos und gefährlich als ihre Vorgängerinnen. Es muss deshalb alles daran gesetzt werden, dass sie deutlich abgelehnt wird.

Für die Volkswirtschaft verhängnisvoll

Bei Annahme der Initiative müsste der Bestand der ständigen ausländischen Wohnbevölkerung in den nächsten 15 Jahren um rund 290'000 auf 726'000 abgebaut und die Zahl der Saisonbewilligungen in den nächsten 4 Jahren von gegenwärtig 157'000 auf 100'000 herabgesetzt werden. Schliesslich wäre ebenfalls innert 4 Jahren der Grenzgängerbestand von 122'000 um 32'000 auf 90'000 zu reduzieren. Es liegt auf der Hand, dass diese Rosskur verschiedene Zweige unserer Wirtschaft ernsthaft gefährden würde. Eine solche Herabsetzung der ausländischen Arbeitskräfte würde sich namentlich in der Textil- und Bekleidungsindustrie, im Baugewerbe, im Gesundheitswesen und im Gastgewerbe besonders nachteilig auswirken. Hauptleidtragende wären die wirtschaftlich schwächeren, auf den Tourismus angewiesenen Regionen des Landes.

Der Mangel an ausländischen Arbeitskräften würde die Produktionskosten erhöhen, den inflatorischen Druck verstärken, die Konkurrenzfähigkeit unserer Produkte und Dienstleistungen schwächen und damit unsere Exportmöglichkeiten beeinträchtigen.

Verlust von know-how und internationaler Glaubwürdigkeit

Unsere Wirtschaft, Hochschulen und Forschung sind auf ausländische Spezialisten angewiesen. Die Beschränkung der Aufenthaltbewilligungen für Ausländer im Sinne der Initiative würde dazu führen, dass unser Land Forschung und Entwicklungsaufgaben und damit auch technisches Wissen verlöre. Mit der Abwanderung von know-how ginge die Schweiz eines Teils ihres wohl wichtigsten Rohstoffs verlustig.

Eine Annahme der Initiative müsste zu einer Kündigung der heute gültigen Abkommen mit Italien, Frankreich und Spanien führen. Die völkerrechtliche Glaubwürdigkeit der Schweiz und ihr Wille zur Einhaltung internationaler Verträge würde in Frage gestellt. Nachdem die Vollendung des europäischen Binnenmarktes die Schweiz ohnehin vor grosse Anpassungsprobleme stellt, wäre es ein Schildbürgerstreich, diese noch durch eine nationalistische, isolationistische und letztlich auch unmenschliche Ausländerpolitik zu vergrössern. Unser Bestreben muss vielmehr dahin gehen, uns europakonform zu verhalten und - soweit dies irgendwie möglich ist - unsere Gesetzgebung den entsprechenden Normen im künftigen Europa anzupassen. Die Ziele der Initiative wirken diesen Bestrebungen diametral entgegen und sind damit integrationsfeindlich. Für ein solches Sonderzüglein der Schweiz hätte niemand Verständnis.

Fazit

Die Schweizerische Ausländerpolitik hat sich im grossen und ganzen bewährt und sollte weitergeführt werden können. Eine Annahme der Initiative würde indessen zu wirtschaftlichen Störungen führen und auch Arbeitsplätze von Schweizern gefährden. Sie hätte nachteilige Auswirkungen auf die Sozialversicherung und das Bildungswesen. Unsere Beziehungen zu anderen Staaten würden beeinträchtigt, was im Zeitalter der beschleunigten europäischen Integration besonders unerwünscht wäre. Aus all diesen Gründen ist die Initiative abzulehnen.

Einer neuen Wirtschaftskrise entgegen?

Von CVP-Nationalrat Hans Werner Widrig, Bad Ragaz

Die Ein-Themen-Partei der Nationalen Aktion hat 1985 ihr altes Schlachttross "Ueberfremdung" wieder gesattelt und mit Ach und Krach die notwendige Unterschriftenzahl erreicht. Die Volksinitiative "für die Begrenzung der Einwanderung" kann aber nicht einfach als eine zum vornherein zum Scheitern verurteilte Zwängerei ohne politisches Gewicht abgetan werden. Für eine solche Auslegung steckt zuviel Berechnung hinter diesem Begehren.

Im Visier stehen die Gastarbeiter. Eine Annahme der 6. Ausländerinitiative würde konkret bedeuten, dass bis 1992 etwa 100'000 Saisoniers und Grenzgänger weggewiesen werden müssten. Die durch die geographische Lage ohnehin benachteiligten Randregionen unseres Landes würden in der wirtschaftlichen Entwicklung gehindert. Und dies in einer Zeit, wo die Zeitungen randvoll mit Stellenanzeigen gefüllt sind.

Gegen das Gewerbe gerichtet

Abgesehen haben es die NA-Leute auch auf das Gewerbe. Gesamtschweizerisch würden das Baugewerbe 26 Prozent, der Bereich Gartenbau und das Gastgewerbe 20 Prozent und die Textilindustrie 16 Prozent Arbeitskräfte verlieren. Benachteiligt würden auch hier wieder die Berggebiete, die neben der Landwirtschaft auf einen wettbewerbsfähigen Fremdenverkehr angewiesen sind. Der vorprogrammierte Verlust von 16'000 oder 9 Prozent der Beschäftigten im schweizerischen Gesundheitswesen hätte Auswirkungen vom Reinigungspersonal bis zur Aerzteschaft. Ausserdem würde die ungünstige demographische Entwicklung der Altersstruktur bei der AHV noch verschärft werden, wenn wir Tausende junge ausländische Arbeitnehmer wegschicken würden.

Stabilitätspolitik statt Sündenbocksuche

Die "Rechenschieber-Initiative" der Nationalen Aktion löst die Probleme im Asylbereich nicht. Ihre Annahme hätte zwar den Einbezug der anerkannten Flüchtlinge in die Einwanderungskontingente zur Folge. Der Zustrom

von Asylbewerbern könnte damit aber nicht gestoppt werden: Es gäbe in der Schweiz keinen einzigen Asylbewerber weniger.

Bleiben wir bei der eingeleiteten Stabilisierungspolitik des Bundesrates und dem ausgewogenen Verhältnis zwischen der schweizerischen und ausländischen Wohnbevölkerung. Wesentlicher als Rausschmisse von Grenzgängern und die Suche nach Sündenböcken ist die Schaffung günstiger Rahmenbedingungen für die Eingliederung der bei uns wohnenden und arbeitenden Ausländer.

Die Annahme der Volksinitiative "für die Begrenzung der Einwanderung" würde der Schweiz einen Verlust von 280'000 Arbeitsplätzen bringen, was mehr ist, als die Wirtschaftskrise der 70er Jahre verursacht hat. Das ist weder notwendig noch verantwortbar. Die Initiative der Nationalen Aktion verdient deshalb am 4. Dezember 1988 eine deutliche Abfuhr.